

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 25 Pf., vierteljährlich 75 Pf., einschließlich Erägerlohn in den Abholstellen monatlich 20 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 75 Pf., ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pf.

Anzeigenpreise:

Die 6spaltige Beizeile 20 Pf., für auswärts 30 Pf., die 3spaltige Reklamezeile 60 Pf. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 8

Danzig, Sonnabend den 26. Februar 1916

7. Jahrgang

Das siegreiche England vor 100 Jahren

Am 18. Juni 1815 hatten bei Waterloo die vereinigten Heere der Engländer, Niederländer, Hannoveraner, Braunschweiger und Preußen unter Wellingtons und Blüchers Führung die Franzosen entscheidend geschlagen. Napoleons Herrschaft war zu Ende, auf der Insel St. Helena mußte er als Kriegsgefangener die letzten Jahre seines Lebens verbringen. England brachte mit dem Siege bei Waterloo einen Krieg zum Abschluß, dessen Beginn man wohl im Jahre 1688 suchen muß und der mit verschiedenen Unterbrechungen 64 Kriegsjahre umfaßte.

Der Krieg hatte England zwar die Alleinherrschaft zur See gebracht, aber damit nicht den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung. Unter dem Schutz der napoleonischen Kontinentalsperre konnte eine selbständige Industrie in Frankreich und Belgien, in den Rheinländern und der Schweiz Wurzeln schlagen. Die englischen Industrieprodukte fanden deshalb auf den kontinentalen Märkten nicht den erhofften Absatz, eine allgemeine und schwere Handelskrise suchte England heim, Arbeiterentlassungen wurden in großem Umfange vorgenommen. Das Heer der Arbeitslosen erhielt noch Verstärkung durch die zahlreichen Matrosen und Soldaten, die nach dem Abschluß des Friedensvertrages entlassen und außer Brot gesetzt wurden. Dazu kam ein schlechtes Ernteergebnis, für die ärmere Bevölkerung eine förmliche Hungersnot. Erhöht wurde das Elend noch durch die hohen Steuern, die zur Aufbringung der Zinsen für die enormen Kriegsschulden erforderlich waren. Neue Zölle und indirekte Steuern erhöhten die Preise der Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände. Während man aber die Grundbesitzer für den Ernteausfall durch hohe Getreidepreise — die durch die Neugestaltung der Korngesetze erreicht wurden — entschädigte, überwies man die tapferen Helden des Krieges mit den übrigen Arbeitslosen der Armenunterstützung. So betrug 1818 die Armenunterstützung 7 870 000 Pfund Sterling (rund 160 1/2 Millionen Mark) oder 13 Schilling 3 Pence (13 1/4 Mark) auf den Kopf der Bevölkerung. Für die damalige Zeit ein erschreckend hoher, in seinem Geldwerte weit bedeutsamer Betrag. Nicht nur durch die bereits erwähnten Zölle und Steuern, auch durch die Entwertung des im Uebermaße während des Krieges ausgegebenen Papiergeldes wurden die Lebensmittel bedeutend im Preise erhöht. 100 Pfund in Papier entsprachen nur 86 Pfund 10 Schilling in Gold. Die Preise wurden in Gold berechnet, die Löhne aber nach Papierwährung gezahlt.

Krise, Arbeitslosigkeit, Herabsetzung der Löhne, hohe Preise alles zum Leben Notwendigen, starker Steuerdruck wirkten zusammen, um die Lage der Massen Englands nach dem Kriege geradezu unerträglich zu machen.

Ueber den Rückgang der Lebenshaltung der englischen Arbeiterklasse nach dem Kriege gibt eine Tabelle über das jährliche Einkommen einer Familie Auskunft, die in einem konservativen Flugblatt mitgeteilt wurde. Diese Tabelle gibt die Ziffern über das jährliche Einkommen einer Familie von sechs Personen, darunter drei Weibern, in den Jahren 1814 bis 1833. Einige Zahlen daraus seien hier wiedergegeben, wobei wir unter Außerachtlassung der Pence die Umrechnung in unsere Währung vornahmen, und zwar ein Pfund Sterling gleich 20 Mark und Schilling gleich 1 Mark setzten:

Jahr	Jährliches Einkommen Mark	Ausgaben für Miete, Heizung, Licht, Seife und Wäsche-Reparaturen Mark	Nahrung Mark	Ueberschuß für Kleidung und bessere Nahrung Mark
1814	2704	273	482	1948
1819	1300	273	476	550
1824	994	273	491	229
1829	702	221	322	2
1833	624	221	403	00

Jahrelang hielt die Krise und das Elend an. Noch 1819 verdienten die Weber in Yorkshire nur 2 Schilling 3 Pence die Woche bei 14- bis 16 stündiger Arbeit täglich. Ende 1820 begann sich das Wirtschaftsleben leise zu heben und das Elend ließ etwas nach. 1824 schien die Krise überwunden, die Arbeiter begannen aufzuatmen. Aber nicht lange hielt die Prosperität an; in der letzten Hälfte des Jahres 1825 setzte wieder eine Krise ein, die die Massen sofort wieder ins alte Elend zurückschleuderte. Im Jahre 1826 kam auf je sechs Bewohner Englands und Wales einer, der Armenunterstützung bezog. In einem Kirchspiel, Warwick Parish, erhielten von 7100 Einwohnern 2000 Armenunterstützung und 2100 konnten ihre Steuern nicht bezahlen. 1829 war der Durchschnitt des Lohnes für die Arbeiter in Barnsley 20 Pence die Woche (ungefähr 1,60 Mark). In Suffolk wurden die Arbeiter für einen Tagelohn von 3 und 4 Pence am Straßenbau beschäftigt. In Sudbysfield war der Durchschnittsverdienst der Arbeiter weniger als 2 Pence den Tag. Die Arbeitskraft war so billig

und so massenhaft zu haben, daß man den Menschen die Arbeit von Ochsen und Pferden gab und sie zum Ziehen der Wagen benutzte. Im Jahre 1818 schrieb ein Spinner: „Wir arbeiten vom sechsten Jahre an. Von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. Wasser, Hafer, Salz, etwas Milch und Kartoffeln bilden unsere Nahrung — ein Londoner Arbeiter würde das nie essen.“

Dieses furchtbare Elend prägte die Arbeiterschaft zum Widerstand, es kam zu Unruhen. Große Versammlungen wurden abgehalten, Petitionen an das Parlament vorbereitet. Am 16. August 1819 kamen nach dem Petersfeld in Manchester etwa 60 000 Personen zu einer Versammlung. Bürgerliche Militz und Husaren wurden herbeigeeilt und richteten ein großes Blutbad an. 15 Personen wurden auf der Stelle getötet, über 400 verwundet.

Ein Aufschrei erhob sich in der ganzen Arbeiterklasse Englands nach Bekanntwerden dieses Massakres, das mit einer Anspielung auf die Schlacht bei Waterloo das Peterloo-Massaker genannt wurde. Für die Regierung, das Parlament und den mit diesen verbündeten aristokratischen Teil der Mittelklasse war die Affäre die Einleitung zu einer alle Reformbewegungen niederdrückenden Gewaltmaßregel. Im Parlament wurde durch das Ministerium die „Sechs Knebelbill“ durchgedrückt, Gesetze, durch die alle öffentlichen Versammlungen, zu denen nicht die Erlaubnis der Regierung eingeholt war, verboten wurden. Diese „Castlereaghschen Knebelbills“, wie sie nach ihrem Urheber genannt wurden, gestatteten der Regierung ferner, jederzeit Hausdurchsuchungen nach Waffen abzuhalten und hohe Stempel auf Zeitungen zu legen. Keine Zeitungsnummer durfte unter 7 Pence (60 Pf.) verkauft werden. Die Einsicht, daß das Volk eigentlich nur von den herrschenden Zeitungschreibern aufgeleitet wird, war also den Herrschenden Englands damals schon gekommen.*

Indes alle Koalitionsverbote, alle Drangsalierungen und schweren Strafen vermochten nicht mehr, die Arbeiterschaft stumm zu machen. Ein gewaltiges, heroisches Ringen des englischen Proletariats hebt an: die Chartistenbewegung — unter diesem Namen wird jene Bewegung zusammengefaßt — hat der englischen Arbeiterschaft einen ruhmreichen und dauernden Platz in der Geschichte der sozialistischen Bewegungen gesichert.

* Wir entnehmen die tatsächlichen Angaben dem vor kurzem in Newyork (Socialist Literature Company) erschienenen ausgezeichneten Buche des Genossen Hermann Schlüter: „Die Chartistenbewegung, ein Beitrag zur sozialpolitischen Geschichte Englands.“

Kriegsnachrichten

Erzerum und Bagdad

Ueber den erfolgten Fall der türkischen Kaufasusfestung Erzerum sind ausführlichere Mitteilungen aus Konstantinapel noch nicht gemacht. Feindliche Meldungen über angeblich gemachte große Beute an Gefangenen und Kanonen sind daher bis auf weiteres mit Vorsicht zu genießen. Von russischer Seite wird die Beute in Erzerum wie folgt angegeben: Garnison 100 000, Außenforts 467 Kanonen, Innenforts 374 Kanonen, Feldgeschütze 200.

Die Times nennen den Fall Erzerums eine „große Ueberraschung“ und erwarten, daß die türkischen Truppen, die jetzt auf dem Wege nach Bagdad sich befinden, schleunigst nach Norden dirigiert werden. Das Blatt warnt indes gleichzeitig vor rofigen Erwartungen, da der armenische Taurus noch die Russen und Engländer von einander trennt. Die Times tun mit diesen Warnungen sehr recht und berührt damit die böse Lage, in der sich die englischen Truppen bei Kut-el-Amara befinden. Der russische Vorstoß auf Erzerum ist überhaupt nur als Teilhandlung einer größeren russischen Offensive zu werten, die, am Banjee und am Urmiasee entlang, gestützt auf die längst besetzten nordpersischen Distrikte mit Täbris als Mittelpunkt, das Ziel hat, auch das mittlere Persien zu überwinden und sich einen Weg an den Tigris nach Bagdad zu bahnen, wo die Engländer in böser Bedrängnis und von den Türken bei Kut-el-Amara fest umzingelt sind. Rußland steht zwar mit Persien nicht im Krieg, aber derartige formelle Nichtigkeiten genieren die russischen Strategen nicht. Es ist ja vor neun Jahren zwischen Rußland und England ausgebrochen worden; damals auf dem Papiere in „Interessensphären“; jetzt folgt die Besitzergreifung im Raume.

Die Russen kämpfen in Persien unter dem General Baratow. Sie haben schon militärische Erfolge aufzuweisen. Dazu gehört besonders die Besetzung von Hamad

dan, des alten Ekbatana, der jetzigen zweitwichtigsten Handelsstadt und des politischen Zentrums Persiens. Hamadan hat immer eine große Bedeutung als Straßenknotenpunkt gehabt und ist schon am 15. Dezember des vorigen Jahres ohne Kampf von russischen Truppen besetzt worden.

Run ist in der Luftlinie Hamadan von Bagdad 375 Kilometer entfernt, der Weg macht sogar das Doppelte aus; folglich steht eine Vereinigung zwischen den Russen und Engländern noch in weitem Felde. Die Türken sind an ihrer persischen Grenze auch nicht müßig gewesen. Sie haben Truppen in jene Gegend entsandt und die persische Stadt Kermanschah besetzt. Baratow muß sie dort erst über den Haufen rennen, wenn er sich den Weg nach Bagdad öffnen will. Denn mit Kermanschah halten die Türken ein wichtiges Einfallstor nach Mittelpersien in der Hand. An der Lage in Persien und Mesopotamien ändert der Verlust Erzerums demnach wenig.

Die bescheidenen Russen

In seiner Nummer vom 11. Februar kommt der Kaprizod, das Zentralorgan der polnischen Sozialdemokraten, auf das Kriegsprogramm Miljukows, des politischen Führers der russischen Demokraten, zu sprechen. Miljukow stellt acht Forderungen. In allen Einzelheiten ausgearbeitet und mit Kartenskizzen versehen verlangt er:

1. Einverleibung Oligaliens und des Nordostens von Ungarn, um hierdurch das vom Moskauer Großfürsten Swan Kalita (regierte von 1328 bis 1340) begonnene Befreiungswerk der Russen zu vollenden.
2. Einverleibung Westgaliziens und Bosniens in einem geeinigten und autonomen Polen unter russischem Schutz.
3. Eroberung Ostpreußens (nebst Königsberg) und dessen Einfügung in die baltischen Provinzen.
4. Eroberung des Bosphorus und der Dardanellen, sowie Konstantinopels und des anliegenden kleinasiatischen Küstengebietes.
5. Eroberung Adrianopels.
6. Einverleibung des Küstengebietes des Marmarameers.
7. Eroberungen im Kaukasus.
8. Eroberung Türkisch-Armeniens.

Mehr nicht? Warum nicht lieber gleich die Oder als Westgrenze Rußlands fordern? Aber Herr Miljukow wird

wohl auch noch mit sich reden lassen. Aus dem Teig wird kein Brot gebacken.

40 000 000 000 Mark Kriegsanleihe

Das englische Unterhaus bewilligte am Montag 420 Millionen Pfund Sterling gleich 8400 Millionen Mark als neue Kredite zur Deckung der Kriegskosten für die nächsten drei Monate. Damit steigt die Summe der von England durch Anleihen aufgebrauchten Kriegsgelder auf vierzigtausend Millionen Mark. Noch nie, so lange die Erde steht, hat ein Staat eine auch nur halb so große Summe in einem Kriege zu vergeuden gewagt. Aus dem Leitartikel in unserer heutigen Nummer ist ersichtlich, über das Folgen die früheren Kriege Englands mit Frankreich über das Inselkönigreich brachten. Das heutige England ist gewiß reicher, als das des 17. und 18. Jahrhunderts. Noch weitere 40 000 Millionen Anleihe-schulden zu machen, wird es sich jedoch sehr hüten, denn schon an der Bleifugel der heutigen Anleihen wird England ein halbes Jahrhundert zu schleppen haben. Diese Ueberlegung gibt uns die Zuversicht, daß das Ende des Krieges näher ist, als die äußer Kriegslage annehmen läßt.

Stop the war — Beendet den Krieg!

Im Tagesbericht der Morning Post vom 14. Februar heißt es: Ueberall in London sind jetzt „Stop the war“-Ausschüsse gebildet worden, so ließ es bei der ersten Versammlung des East London-Ausschusses. Die Hauptredner waren J. Scott Duncans und C. H. Norman. Vorsitzender bzw. Schatzmeister des britischen „Stop the war“-Ausschusses. Ohne Karten war der Eintritt nicht gestattet. Ungefähr fünfzig Frauen und Männer waren anwesend.

Mr. Scott Duncans sagte, die Propaganda sei in vollem Gange, und selbst wenn er und Norman festgenommen würden, werde die Agitation doch vorwärts gehen. Er bedauere

daß man für die Unabhängigkeit Belgiens kämpfe. Nach seiner Meinung sei Belgien nicht verwüstet, denn sieben Millionen Belgier wären noch im Lande verblieben. Wie könne König Albert, der außer Landes sei, wissen, ob diese Leute nicht mit dem Stand der Dinge zufrieden seien? Der in Belgien angebrachte Schaden werde auf 40 Millionen Pfund Sterling geschätzt, doch keiner, Duder, Weinung könnten England und seine Verbündeten diese Summe in einer Woche bezahlen. Deutschland könne auch etwas dazu beitragen.

Ueber die militärischen Operationen sagt er, daß nach achtzehn Kriegsmoanaten England nicht einen Erfolg gehabt habe, dagegen viele Fehlschläge — Antwerpen, Mons, Neuve Chapelle, Loos und Gallipoli. Er prophezeite auch, daß die Verbündeten Saloniki werden räumen müssen. Er sprach freundlich von den Deutschen in England, die den Wohlstand des Landes gefördert hätten. Er glaube nicht, daß, selbst wenn Deutschland geschlagen würde, dadurch der Militarismus vernichtet werde.

Bei der Besprechung der Kosten und moralischen Wirkungen des Krieges entwarf der zweite Redner, C. H. Norman, ein düstres Bild von der Lage der von der Front zurückkehrenden Leute. Der Krieg habe die ernstesten Ursachen nach dem Kriege. Er prophezeite die Agitation forsetzen und sich jeder von der Regierung eingeführten reaktionären Maßnahme widersetzen.

Eine Entschlichung, welche die Regierung auffordert, den Krieg zu beenden, und die Parlamentsmitglieder ersucht, keine weiteren Mittel zu bewilligen, wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Von der Westfront

melden die Tagesberichte der deutschen Heeresleitung, daß südlich der Maas die Franzosen in einer Breite von 10 und einer Tiefe von 3 Kilometern aus ihren Stellungen geworfen wurden. Dabei verloren sie außer zahlreichem Kriegsmaterial über 3000 Gefangene. — Die Franzosen schossen einen Zeppelin herunter, dessen Besatzung wahrscheinlich umgekommen ist.

Ganz Kamerun in englischen Händen

Neuer meldet amtlich: Die deutsche Garnison in Werra in Nordkamerun hat sich ergeben. Damit ist die Eroberung der Kolonie vollendet.

Die kleine deutsche Besatzung hat sich in der feiten Bergstellung monatelang mit Erfolg gegen eine große Uebermacht verteidigt. Sie mußte kapitulieren, weil sie nichts mehr zu essen hatte und Munition wie Medikamente erschöpft waren.

Politische Rundschau

Mutter- und Kinderschutz.

Auf Veranlassung der Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kinderschutz bildete sich im Künstlerhaus zu Berlin eine Versammlung mit den Problemen der Mutterschaft. Frau Dr. Adele Schreiber führte in ihrem Referat einleitend aus: Die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kinderschutz habe kein Interesse an der Bevölkerungsvermehrung, um bei künftigen Kriegen mehr Soldaten zu haben, sondern lediglich um die Läden auszufüllen, die der Krieg unter den Menschen gerissen habe. Glücklicherweise entscheide in einem Kriege nicht die Zahl, sondern die geistige und körperliche Qualität der Menschen. Das habe der gegenwärtige Krieg fast täglich bewiesen. Deshalb müsse das Hauptaugenmerk auf Erzeugung eines gesunden und intelligenten Nachwuchses gerichtet sein. Das sei um so notwendiger, da die Geschlechtskrankheiten eine beängstigende Ausdehnung angenommen haben und sich augenscheinlich nach dem Kriege noch mehr steigern werden. Es sei erforderlich, dahin zu wirken, daß die Folgen der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus sich nicht auf den Nachwuchs übertragen; ferner daß die Mütter so weit als möglich nicht gezwungen seien, außer häuslichen Arbeiten Erwerbsarbeiten auszuführen, daß die Geschlechtskrankheiten möglichst erloschen, den unehelichen Müttern und unehelichen Kindern volle Gleichberechtigung zugesichert werde und daß weitestgehende Arbeiterschuttsmaßnahmen insbesondere für Frauen und Kinder zur Geltung kommen. Es müsse dahin gewirkt werden, daß ein Geschlecht entsteht, das befähigt sei, den so sehr belastungswarten Haß unter den Wälfen zu beändigen und ein gegenseitiges Verständnis herbeizuführen. Es genüge nicht, daß in Deutschland eine neue Kultur entsteht, es müssen auch Menschen erzogen werden, die befähigt seien, diese Kultur auch den anderen Völkern zu übermitteln zu lassen. Das wäre die beste Brücke, um zu einem dauernden Weltfrieden zu gelangen.

Frau Hilke Schaub erklärte sich mit den Ausführungen der Rednerin anerkennend. Weiter seien die beklagten Lebensbedingungen insbesondere die Lebensbedingungen der außerhäuslichen Familienarbeit in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Die Millionen heimatverlassener Männer in Deutschland ließen unermüdet, was weil sie fürchten, ihre Familie nicht ernähren zu können, jenseit aber, weil sie sich nicht eine Familie nicht ernähren können. Die Rednerin sprach über Steuererleichterungen für kinderreiche Familien, welche aber keine Junggeheulsteuer. Es müsse für bessere soziale und wirtschaftliche Verhältnisse und gleichzeitig für Schaffung guter und gesunder Wohnungen gewirkt und möglichst dahingehend werden, daß jede Arbeiterfamilie eine gesunde Wohnung mit einem Garten habe. — An die Vorträge schloß sich eine längere Aussprache.

Senatsdebatte im Abgeordnetenhaus.

Am Dienstag führte das preussische Abgeordnetenhaus zunächst die Erörterung über die Lage des Handwerks zu Ende. Thema wie die Tage, Dr. Wagner (Freisinn) und Haase (Fortschritt) und auch Genosse Ledigert für eine weitgehende Fürsorge für die kriegsbeschädigten Handwerker und Arbeiter ein. Er ließ es jedoch nicht bei dieser Anregung bewenden, sondern besprach von größeren Gesichtspunkten aus

die gesamte Lage des Handwerks, wie sie sich durch den Krieg gestaltet hat. Er betonte die katastrophale Wirkung des Krieges auf das Handwerk, schilderte die Arbeitslosigkeit im Bau- und Gewerbe und verlangte energisch eine Arbeitslosenunterstützung. Weiter regte er eine bessere Regelung des Lehrlingswesens an und widerlegte zahlenmäßig das so oft aufgetauchte Märchen von den angeblich so hohen Löhnen der auf dem Berliner Schlachthof beschäftigten Schlächtergesellen. Treffend wies er nach, daß die Fleischsteuerung auf ganz andere Ursachen zurückzuführen ist, und forderte am Schluß seiner mehr als einstündigen Ausführungen die Fortführung der Sozialpolitik während des Krieges und nach dem Kriege. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der durch ein sozialdemokratisches Amendement verbesserten Anträge der Kommission betreffend eine erhöhte Fürsorge für die kriegsbeschädigten Handwerker und Arbeiter sowie die Annahme der Anträge betreffend Schaffung eines genügenden Lehrlingsersatzes und betreffend stärkerer Berücksichtigung der Versicherungsverbände des Handwerks bei Vergütung öffentlicher Arbeiten.

Den zweiten Teil der Sitzung bildete eine Zensurdebatte aus. Hierzu lag außer dem Kommissionsantrage auf eine mildere Handhabung der Zensur und der vereinigte Bestimmung ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes vor. Daß die Handhabung der Zensur im Verlaufe des Krieges nicht milder, sondern schärfer geworden ist, mußte selbst der Berichterstatter Abg. Frhr. v. Jedlich zugestehen. Auch der Abg. Stull (Zentr.) pflichtete ihm im wesentlichen bei, forderte aber im gleichen Atemzuge die Ausdehnung der Zensur gegenüber dem Theater und der Literatur. Es scheint beinahe, als will das Zentrum jetzt unter dem Zeichen des Burgfriedens das durchsetzen, was durchzusetzen ihm bei den Kämpfen um die lex Heinze nicht gelungen ist.

Nachdem der Minister des Innern v. Voebell seine bekannten Präferenzen als harmlos hinzustellen und sie zu rechtfertigen verfuhr, hatte, kam in vorgerückter Stunde Genosse Ströbel zu Worte. Der sich zunächst über die Präferenz verbot, um sodann in großem Rahmen an dem ganzen System der Zensur scharf Kritik zu üben. Frhr. v. Jedlich, der Führer des parlamentarischen Links, brachte es fertig, Ströbel als Denunzianten zu bezeichnen, weil er die annerkennenden Pläne entwürfelte. Aber es gelang den Anhängern einer Ausdehnung der Zensur auf das Parlament nicht, ihr Ziel voll zu erreichen. Der Präsident unterbrach den sozialdemokratischen Redner zwar wiederholt, aber dem Wunsch der Pöppelheim usw., ihm das Wort zu entziehen, gab er nicht nach. Ströbel konnte seine Rede, wenn auch mit Kürzungen, beenden, und wenn er auch auf vieles verzichten mußte, um sich mit dem Beschluß des Hauses nicht in Widerspruch zu setzen, so hat er doch die wesentlichsten Momente zum Ausdruck bringen können.

Die Auseinandersetzungen, die am Mittwoch über die Handhabung der Zensur erfolgten, zeigen deutlich, welcher tiefer Gegenstand nach wie vor zwischen den Anschauungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie besteht, und wie sehr die Sachwalter der Rechten bestrebt sind, die Zeit des Burgfriedens für ihre Zwecke auszunutzen. Die Rede unseres Genossen Ströbel vom Tage vorher war ihnen arg in die Glieder gefahren. Wenn nicht das Mittelstufenverzeichnis des Hauses ein anderes belehrte, so könnten wir fast glauben, daß die von der Rechten (Kons.) und dem Zentrum (Zp.) und dem Zentrum (Zp.) ein und derselben Partei angehören. So wenig unterschieden sie sich von einander und so sehr auf den gleichen Ton waren ihre Ausführungen gestimmt. Nicht nur, daß sie laute und laute mit Entstellungen operierten sie glaubten auch ganz besonders dadurch Kapital für sich herauszuschlagen zu können, daß sie die eine Richtung unserer Partei gegen die andere oder die Sozialdemokratische Partei gegen die Gemäßigten auswirkten. Allerdings ohne Erfolg. Ströbel vor unserer politischen Gegnern nicht den Gefallen, sich von der Tribüne des Dreiklassenparlamentes aus über innere Parteiverhältnisse zu äußern. Hörte man die Töne sinnlicher Enttäuschung, so hätte man wirklich glauben können, Ströbel hätte das Vaterland verraten.

In Wirklichkeit war diese sinnliche Enttäuschung — wenigstens für den Vorsitzenden der Konservativen — nichts weiter als ein Vorwand, um die Regierung gegen die Wahlreform einzunehmen. Es ist immer das alte Lied: Sind die Sozialdemokraten ruhig, so macht die Gesetzgebungsreform auf der ganzen Linie stellen sie aber Forderungen, so widerlegt man sich unter dem Hinweis darauf, daß die Sozialdemokratie nicht das genügende Wohlverhalten an den Tag gelegt habe. Doch mir uns durch diese nur allzu durchsichtige Taktik von unserem Wege nicht abdrängen lassen. Ist selbstverständlich.

Genosse Ströbel, der noch einmal zu Worte kam, blieb die Antwort auf die zahlreichen Angriffe nicht schuldig. Wie großem Geschick vertheidigte er seine Stellung. Und daß seine Rede gefaßt haben, das zeigt das sogenannte Schlußwort des Berichterstatters Frhr. v. Jedlich, der unter Mißbrauch seines Amtes nichts über das eigentliche Thema sprach, sondern sich fast ausschließlich in Herabsetzungen der Sozialdemokratie erging.

Die Abstimmung ergab die Annahme der sehr verschwommenen Anträge betreffend die Beschneidung, das Verbot und Veranlassungsgesetz und die Friedensgesetze, während der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt wurde.

Das alte System in Rußland.

Wie die Ajerach mitteilt, hat die Entlassung Goremykin und die Ernennung Sedzigers zum Ministerpräsidenten in den Dumaarbeiten bei weitem nicht den Eindruck hervorgerufen, den man zu erwarten berechtigt war. Die der Reichsduma nahestehenden Kreise legen eine gewisse Gleichgültigkeit zu den von der russischen Regierung vorgenommenen Änderungen in der inneren Zusammenfassung des Ministeriums an den Tag. Immer mehr kommt die Meinung zur Geltung, daß der von Zeit zu Zeit unternommene Ministerwechsel nicht eine politische als vielmehr nur eine persönliche Bedeutung habe. In diesem Sinne haben gewisse Dumafraktionen zu dem Falle Goremykin-Sedziger Stellung genommen.

Seltamer Internationalismus.

Der Avantgardist berichtet von einer Polemik des Genossen Hunsmans mit dem Herausgeber des XXIIten Sieck. Hunsmans schreibt in dieser Polemik:

„Die rote Internationale wird sich nur mit Zustimmung Frankreichs versammeln, und dessen Haltung richtet sich nach der militärischen Lage.“

Der Avantgardist sagt dazu: daß es für das Internationale sozialistische Bureau gerade kein Ruhm sei, wenn sein Sekretär dessen Einberufung von Joffe und Galleni abhängig mache. —

Ebenso seltsam ist es, daß Banderweide, der nach einem allzu rasch vorübergegangenen Stadium der Mäßigung nun wieder Brandreden für die Entente in neutralen Ländern und in Südrussland hält, noch immer Vorsitzender des Internationalen Bureaus ist. Es wäre doch wahrlich an der Zeit, das Internationale Bureau ernstlich zu neutralisieren. In seiner gegenwärtigen Gestalt ist es nichts als ein Werbebureau für den Viererband mit dem allen Beschlüssen internationaler Kongresse ins Gesicht schlagenden Effekt, die Blutopfer zu verlängern.

Zur Frage der Volksernährung

Balkleider als Handgeld beim Schweinekauf

Aus Fleischerkreisen berichtete man der Braunschweiger Landeszeitung:

Während die festgesetzten Höchstpreise für Schweinefleisch und Wurstwaren den für Schlachtschweine festgesetzten Höchstpreisen angepaßt worden sind, haben schnell ins Kraut gewachsene Auswüchse es mit sich gebracht, daß Schweine auf dem Lande unter Anrechnung des Stallgewichts nicht mehr zu den Höchstpreisen zu erlangen waren. Für Sauen ist beispielsweise ein Einheitspreis von 95 Mark für 100 Pfund Lebendgewicht als Höchstpreis festgesetzt worden. Daß nach schwerer Schweine eine besonders starke Nachfrage ist, erklärt sich neben der allgemeinen Knappheit an Schlachtschweinen aus der bis 120 Mark hinausgehenden Staffelform der Höchstpreise für sogenannte „reine“ Schweine. Die erste Hand beim Verkauf von Schlachtschweinen hatte es nun halb erreicht, daß beim Handel an Schlachtschweine die Bewilligung des sogenannten „Schwanzgeldes“ bis 75 Mark und darüber hinaus vorweg gehen muß, bevor vom Kauf des betreffenden Stückes zu den ab Markt festgesetzten Höchstpreisen die Rede sein kann. Beispielsfälle hierfür sind zahlreich anzuführen. Das sogenannte „Schwanzgeld“, das früher wohl 1 Mark beim Stück betrug, und schon beinahe ganz aus der Welt geschafft worden war, ist unter der Herrschaft der Höchstpreise — als Aufschlag hierzu — in vielgestaltiger Form und Höhe wieder — vom Standpunkt der Fleischer aus betrachtet als notwendiges Uebel — mit gewaltiger Schwungkraft und ohne Begrenzung seiner Höhe ins Leben getreten. Was die Fleischer treibt, sich beim Einkauf von Schlachtschweinen weder Mühe noch Kosten verdriessen zu lassen, die starke Nachfrage nach Schweinefleisch und Wurstwaren, ist für diejenigen, die auf dem Lande Schlachtschweine zu verkaufen haben, Mittel zum Zweck. Sie sprechen es ganz offen aus: „Wir können es ja bekommen, warum sollen wir in der jetzigen Kriegszeit es denn nicht nehmen?“ So erklärte sich ein anderer Beispielsfall: Drei schwere Schweine aus einem Stalle waren von zwei Seiten aus zum Einkauf aufs Korn genommen worden. Der erste Kaufstücker sicherte sich mit einem Geschenk von 20 Mark das And-Schwanzgehen der drei Borstentiere. Der nachfolgende Käufer, der Wind davon bekommen hatte, läßt durch Freundschaft beim Wirtlichen seines Besuches einen Umschlag mit 30 Mark als Geschenk überreichen. Er schießt damit den Vogel ab und bekommt die Schweine, um die er für sein Geschäft, um der Kundtschaft willen, in bitterster Verlegenheit war. Reisekosten, Gewichtsverlust der Schweine beim Transport vom Stall bis zum Schlachthof verbucht er auf dem Nebenkonto zu den Markt-Höchstpreisen.

Ein anderer Fall, in dem mehrere Schweine zu verkaufen sind, bringt das Verbuchen von zwei Balkleidern für die beiden Töchter eines Hauses auf demselben Konto mit sich. Der edelmütige Spender der beiden Balkleider hat sich die erste Hand daran gesichert, so lange nicht etwa ein anderer — keine Kosten scheuend — ein noch sicherer wirkendes Mittel erfindet. Hinweise darauf, daß ein anderer Handelsmann sich die Auslieferung auf demnächstige Ueberlassung der im Stalle heranwachsenden Schlachtschweine dadurch gesichert habe, daß er für jedes der 5 oder 7 Kinder des Hauses 5 Mark in deren Sparbüchse steckt, bekommt der zum Schweinekauf auf das Land gehende Geschäftsmann oft zu hören. Wer diesen unlautersten aller unlauteren Wettbewerbs als Fleischer oder sonstiger Einkäufer von Schlachtschweinen nicht mitmachen will oder — kann, der kann tagelang umherreisen, ohne auch nur ein Stück einzulassen zu können. Die beste Handelskunst scheitert an dem eisernen Grundfeste von Landleuten, die Schweine halten: „Wir können es ja bekommen, warum sollten wir es nicht nehmen?“

Zur Regelung der Vieh- und Fleischpreise

Nach der Kriegsauslösung für Konsumenteninteressen in einer Eingabe an den Bundesrat und an das preussische Landwirtschaftsministerium folgende Vorschläge gemacht: Bildung des Viehmarktpreises: 10 Prozent fester Aufschlag auf den im Stall bezahlten Kaufpreis der durch Schlußschein nachzuweisen ist, für Gemischter Verlust; ein fester Speifen für das Stück, berechnet nach den durchschnittlichen Frachtkosten, Viehmarktpreisen usw.; ein wandelbarer Zuschlag für Reingewinn in ungefährer Höhe von 2 Prozent. Bildung des Kleinverkaufspreises: Oberste Grenze für rohes Fett 180 Prozent, für rohes Fleisch 140 Prozent des am Viehmarkt zu zahlenden Preises der Gemischtklasse von 110 bis 120 Kilogramm. Festsetzung von Drischhöchstpreisen nur für Konsumfleisch: Kamm, Blatt, Bauch, Beine, Kopf und Salztrocken, alles frisch und gepökelt. Bei Keule nur ein Nicht-Besigleichen Drischhöchstpreis für die allein noch zugelassenen drei Wurstsorten: zwei Qualitäten Leberwurst, zwei Qualitäten

Danziger Nachrichten

Die Butterkarte

Wird in nächster Zeit ihren Einzug in Danzig halten. Auf Anordnung des Reichskanzlers darf die Zentraleinkaufsgesellschaft Butter nur noch an solche Gemeinden liefern, die durch Einführung der Karte den Butterverbrauch so regeln, daß auf den Kopf der Bevölkerung wöchentlich 125 Gramm im Durchschnitt entfallen. Die Berliner Gemeinden nahmen bereits gemeinsam die Regelung des Butterverkaufs in Kleinhandel in die Hand. Dies wird ab 21. Februar in folgender Weise geschehen: Die Butter kann nur auf Grund von Brotkarten bezogen werden. Jeder Inhaber einer Brotkarte darf wöchentlich nicht mehr als ein Viertelpfund Butter erhalten. Mehr als ein Pfund Butter darf in einem Geschäft an eine Person nicht abgegeben werden, auch wenn mehr als vier Brotkarten vorgelegt werden. Die Brotkarten sind von dem Geschäftsinhaber mit entsprechendem Vermerk zu versehen. Der Butterbezug von außerhalb wird durch die Neuregelung nicht berührt. Die Bestimmungen gelten nicht für Krankenhäuser und ähnliche Anstalten. Gast- und Speisewirtschaften können sich Butter im Großhandel und von auswärts beschaffen.

In der letzten Sitzung der hiesigen Preisprüfungsstelle hatte der Magistrat durch Dr. Grünspan die Einführung der Butterkarte, vielleicht auch ihre Ausgestaltung zur Fett- oder Nahrungsmittelkarte in Aussicht stellen lassen.

Von den Danziger Fleischern

In dem Bericht des Magistrats, der in der letzten Sitzung der Preisprüfungsstelle gegeben wurde, befindet sich wörtlich folgende Feststellung:

Die Behauptung, daß die Fleischer Schmalz, Speck, Wurst und andere Dauerware in größeren Mengen aufspeicherten, um höhere Preise abzumarkieren, trifft im ganzen nicht zu. Die Fleischer haben vielmehr, wie festgestellt ist, vorwiegend den Weg gewählt, die gefertigte Ware an Ortschaften mit höheren Höchstpreisen auszuführen, bis durch Magistratsverordnung dieser Weg nach Möglichkeit verschlossen wurde.

Mit diesen Ausführungen wird unsere frühere Behauptung bestätigt, daß die schrankenlos geübte Wurstmacherei in einer Zeit, wo der Fleischmangel nicht den heftigen Umfang zeigte, diesen künstlich herbeiführte. Und daß der magistratische Bericht rund und nett zugibt, dies sei aus Erwerbsrückblicken der Fleischer gesch. Es ist für spätere volkswirtschaftliche Auseinandersetzungen ein äußerst wertvolles Zeugnis. Es ist jetzt von der bedrängten Lage des Fleischergewerbes viel die Rede. Aber um wieviel bedrängter, um wieviel schwieriger ist die Lage der Arbeiter und ihrer Frauen! Wiederholt gehen jetzt Aufrechnungen durch die Zeitungen — auch der Magistratsbericht gibt eine solche —, in denen die Fleischer auseinandersetzen, daß sie an einem Stück Vieh eigentlich nichts verdienen, sondern entweder gerade so auskommen oder noch Geld zusehen. Die Addition dieser Rechnungen stimmt gewiß haargenau. Nur verstehen die Fleischer die Abfälle noch sehr gut zu Geld zu machen, die in ihren Kalkulationen nur als Verlust gebucht werden. So kostet z. B. ein Pfund Rinderknochen, die von jedem Fleisch feinstlich sauber befreit sind, 40 bis 50 Pfennige. Käufer dafür sind in dieser Zeit immer vorhanden. Ähnlich ist es mit der vorhin erwähnten Fleischerrechnung bestellt, die der Preisprüfungsstelle vorlag. Da lesen wir z. B., daß der Fleischer aus 54 Pfund Fleisch 44 Pfund Wurst herausbekommt. Der Rest soll Wurstschmalz oder unbrauchbare Ware sein. Er wird mit 6 Mark für 10 Pfund bewertet. Nun enthält jedoch Wurst nicht nur Fleisch, sondern auch Blut oder andere Dinge. Ein Liter Wasser wiegt noch immer wie zu Archimedes Zeiten ein Kilogramm und Blut ist nicht nur dick, sondern auch schwerer wie Wasser. Wo Därme zur Wurstbereitung genommen werden, sind diese oft recht dick und fallen beträchtlich ins Gewicht. Es kann gar keine Rede davon sein, daß 54 Pfund Fleisch nur 44 Pfund Wurst und 10 Pfund Abfälle abgeben. Die flüchtigste Betrachtung lehrt, daß das nicht so ist. Und ebenso wenig sind die 10 Pfund „unbrauchbare“, richtiger fehlerhafte Ware mit 60 Pfennigen pro Pfund zu bewerten. Daß die Fleischer der Preisprüfungsstelle mit solchen Kalkulationen kommen können, ist für die Preisprüfungsstelle durchaus nicht schmeichelhaft.

Die Preisprüfungsstelle hat einer Erhöhung der meisten Fleischpreise zugestimmt, die zwar im einzelnen nicht beträchtlich ist, im Verein mit den früheren Aufschlägen die Verbraucher indessen schwer trifft. Weiter stimmte die Preisprüfungsstelle dem Wunsche der Fleischer zu, ihre Läden Montags und Donnerstags von mittag ab schließen zu dürfen. Das soll nach Ansicht der Fleischer nötig sein, weil die fleischlosen Tage vom Publikum nicht genügend respektiert würden. Erfolg kann der erweiterte Schluß der Fleischläden nicht haben. Das Geschäft wird lediglich auf die Tage, an denen die Läden geöffnet sind, zusammengedrängt. Will man den Fleischgenuß einschränken, dann muß die Fleischkarte eingesührt werden. Wieviel Fleisch für die Ernährung der Danziger Bevölkerung zur Verfügung steht, ist für jede Woche oder jeden Monat an der Hand der auf dem Schlachthofe vorgenommenen Schlachtungen leicht festzustellen. Die Bevölkerungszahl ist ebenso gut bekannt. Da läßt sich ohne größere Schwierigkeit ausrechnen, wieviel Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung kommt und welche Menge von niemandem überschritten werden darf. Bei einer weiteren Fortdauer des Krieges wird auch in Danzig die Fleischkarte tödlicher ihren Einzug halten, so sehr man sich dagegen sträuben mag. Im Großherzogtum Baden steht nach einer dieser Tage in der Zweiten Kammer gemachten Mitteilung die Einführung der Fleischkarten unmitteibar bevor. Wenn in einem Lande die Durchführung einer solchen Maßregel möglich ist, ist die einzelne Großstadt noch weit eher dazu in der Lage.

Städtisches.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Februar erfolgte die Wahl von Schiedsmännern, Armenkommissionsvorstehern, Waisenräten wieder unter Ausschaltung der Arbeiter und der Arbeiterbewegung nahestehender Personen.

Die Stadtn. Hordtmann und Genossen fragten den Magistrat, ein seltener Vorgang, ob das städtische Gut Neustrügersstampe vom 31. März verkauft oder verpachtet werden solle. Stadtrat Hein erklärte, daß der Magistrat verkaufen wolle und daß darüber Verhandlungen schwebten. Die Sache wurde in die geheime Sitzung verwiesen. Die Abstufung städtischen Grundbesitzes ist sehr bedauerlich. Gerade jetzt dürfte es nicht geschehen. Zwar ist die städtische Landwirtschaft unter der jetzigen Leitung nicht glänzend betrieben. Sie hat sogar gänzlich versagt, obwohl sie sehr viel zur Versorgung der Stadt mit Milch und Schlachtvieh tun könnte. Um diese Uebelstände zu beheben, müßte jedoch der Landbesitz der Stadt erhalten bleiben.

Zur Beschaffung einer weiteren Turbodinamomaschine für das städtische Elektrizitätswerk wurden 320 000 Mark aus einer noch aufzunehmenden Anleihe bewilligt.

Der Inhaber der privaten Wendtschen Töchter-Mittelschule wurde eine jährliche Zuwendung von 3500 Mark bewilligt.

Zur Aufhöhung des Geländes in Tropf-Heubude wurden wieder 190 000 Mark bewilligt. Am 11. Mai 1915 wurden dafür bereits 240 000 Mark ausgegeben. Die Arbeit wird jetzt durch russische Kriegsgefangene ausgeführt. Oberbürgermeister Scholz verteidigte dies mit der nicht häufigen Ansicht, daß wir nach dem Kriege nicht Arbeitslosigkeit, sondern Mangel an Arbeitern und hohe Löhne haben würden. Stadtn. Lange wies darauf hin, daß die Kriegsgefangenen billig arbeiten! Zum Anbau von Bäumen und Sträuchern als Schutzpflanzungen gegen ungünstige Gerüche des Heubuder Riesel-feldes wurden 10 000 Mark bewilligt.

Der Sonderdruck Neuerwerbungen des Stadtmuseums soll für 700 Mark neu herausgegeben werden.

Wahre Worte.

„Es ist bedauerlich, daß wohlhabende Kreise unserer Bürgerschaft Nahrungsmittel in ihren Häusern aufgesperrt haben, aber trotzdem treue Kunden in den Regierläden sind, sobald es dort wieder eine Wurst zu kaufen gibt. Sie scheinen nicht zu bedenken, daß sie dadurch ihren Mitbürgern ohne großen Geldeinsatz die Nahrungsmittel entziehen. Jedenfalls ist es kein patriotisches Empfinden, das sie durch solches Tun bekunden und es läßt das Gemeinamtkheitsgefühl sehr vermischen. . . . Der Grundsatz, daß man für Geld alles erreichen und sich verschaffen kann. . . dürfte doch in dieser so ernsten Zeit keine Gültigkeit mehr haben. . . .“

Eine herbe Kritik. Aber die Stellung derer, die sie üben, schützt uns vor dem Vorwurf der Heberei: Der Magistrat von Krusadt urteilt in dieser Weise.

Wegen Ueberschreitungen von Höchstpreisen

sind neuerdings bestraft worden: Stütze Martha Düllinski, Danzig, Petershagen 25/26, mit 25 Mark Geldstrafe event. fünf Tagen Gefängnis; Meiereieinhaberin Verla Krüh, geb. Siebert, Danzig, Petershagen 25/26, mit 75 Mark Geldstrafe event. 15 Tagen Gefängnis; Kaufmann Leistner, Danzig, mit 20 Mark Geldstrafe event. vier Tagen Haft; Eigenümerin Ida Krönke, geb. de. Glanberg (Kreis Karthaus), mit 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis; Fleischereinhaberin Kl. . . . schte, geb. Stromkowitz, Danzig, Altstadt, Graben 78, mit 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Haft; Fleischermeisterfrau Florentine Krohn, geb. Reimann, Danzig, Hätergasse 44, mit 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Haft; Geschäftsinhaberin Agnes Ullter, geb. Lemke, Danzig, Engl. Damm 14, mit 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis; Handelsfrau Justine Kasperstki, geb. Gaedtle, Danzig, Böttchergasse 15/16, mit 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis; Händlerin Frau Antonie Frankowskii in Wilanowo (Kreis Karthaus) mit 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis.

Danzigs Wohnungsnot

wurde, leider bei weitem nicht in dem notwendigen Umfange und auch nicht mit der gebotenen Gründlichkeit, in der Stadtverordneten-Versammlung am 22. Februar gestreift. Der Magistrat wollte der unter der Leitung des Korvettenkapitäns Simon stehenden Wohnungsgenossenschaft Neuschottland die Vergünstigung einräumen, daß sie nicht nur 2 1/2 Stock, sondern volle 3 Stockwerke aushauen dürfe. Unter dieser Voraussetzung will die Genossenschaft 138 neue Wohnungen bauen, die zum Herbst fertig werden sollen. Zur Begründung berief sich der Magistrat auf die — Danziger Wohnungsnot, die nach dem Kriege zu erwarten sei. Die Bevölkerung habe sich von 196 000 auf 208 000 erhöht. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen sei seit Monaten gesunken; dabei habe der Bevölkerungsüberschuß in sechs Wochen 118 Familien betragen.

Diese Ziffern beweisen nicht eine nur drohende, sondern eine längst vorhandene krasse Wohnungsnot. Das stand auch schon lange vor dem Kriege fest, wenn auch die längst versprochene gründliche Wohnungsstatistik des Statistischen Amtes schon seit Jahren auf sich warten läßt. Im Kriege, wo sich viele Mängel bloßlegten, zeigen sich auch die Folgen der Unterlassungen in der Wohnungsfürsorge deutlicher. Nichts wäre so unheilvoll für die unter dem sprichwörtlichen Danziger Wohnungsnot leidenden Schichten, als wenn sich in der Stadtverordnetenversammlung ernstlich der Glaube festsetzen würde, daß uns eine Wohnungsnot erst bevorsteht. Sie besteht schon seit undenklicher Zeit in Danzig, ohne daß etwas Wesentliches von der Stadt zu ihrer Bekämpfung geschehen ist. Es müßte eigen an, diesen Notstand als Begründung für eine Vorlage zu sehen, die zunächst ganze 138 Wohnungen nur für bestimmte Personenkreise schaffen soll. Die Wohnungsgenossenschaft des Herrn Simon nimmt vorwiegend Staatsarbeiter und Beamte auf.

Vor dem Kriege soll sogar die Besinnung der Wohnungsucher noch eine Rolle gespielt haben. Bei den Stadtverordneten fand die Vorlage eine sonderbare Opposition. Die Hausbesitzerführer Bauer und Ehm erklärten sich gegen die Mietstafeln und schwärmten sogar für die Gartenstadt Hellerau! Auch Stadtn. Dr. Lenz sprach gegen die Vorlage! Seine Befürchtung, daß die baulichen Beschränkungen nach einigen Jahren gemildert werden würden, sei eingetroffen. Denselben Standpunkt vertrat Schmidt. Er behauptete, daß in Neu-Schottland meist Beamte und keine Arbeiter wohnten. Stadtn. Burmann erklärte, daß die Stadt keine Wohnhäuser bauen könne. Das sollten die Leitungen der Staatsbetriebe für ihre Arbeiter tun. Nur der Hausbesitzer und Malermeister Gelf aus Heubude wurde ganz offenerzig. Er verweigerte die Zustimmung, weil die Genossenschaften keine Unterstützung verdienen; sie bekämen schon Gelder zu 2 1/2 Prozent. Dieser Herr meinte sogar: Die Arbeiter, die jetzt so viel Geld verdienen, wollten sich infolge der billigen Mieten auf Kosten der Allgemeinheit bereichern! Der Mann, der so burgfriedlich redet, hat sicher nie Wert darauf gelegt, daß er die Stimmen der Arbeiter erzieht.

Baugewerksmeister Ehm wollte die Vergünstigung auch gleich für private Hausbesitzer und behauptete, daß die Baukosten durch den Krieg um 4 Mark pro Kubikmeter gestiegen wären. Zu dieser Berechnung, die vielleicht hohe Mieten genießbar machen sollte, erklärte Stadtbauinspektor Dähne, ein ganz uninteressierter Sachverständiger, daß die Baukosten durch den Krieg nur von 16,20 Mark auf 17,30 Mark, also bloß um 1,10 Mark, pro Kubikmeter gestiegen sind. Die Debatte erregte sogar den Hirsch-Dunderfahen Staatsarbeiter Heinrich so, daß er gegen Bauer und Ehm sagte, sie hätten ihr soziales Empfinden für die Arbeiter sehr spät entdeckt, sie sollten es auch nach dem Kriege behalten. Gewisse Kreise opponierten nur, weil sie sich unliebsame Konkurrenz vom Halbe halten wollten. Die Vorlage wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Unterhaltungsabend des Arbeiterbildungsausschusses.

Nach längerer Zeit ist es dem Arbeiterbildungsausschuß wieder gelungen, eine größere Veranstaltung zu bieten. Im Einvernehmen mit der Kriegshilfe in Odra, in der auch Vertreter der Arbeiterkassen wirken, hat er zu Sonntag, den 27. Februar, im Saale des Stabliments „Zur Olsbahn“ einen Unterhaltungsabend arrangiert. Er dient dem Zweck, die Dankbarkeit gegen unsere Krieger und ihre Angehörigen praktisch zu betätigen. Der Reinertrag fließt in die Kasse der Odrer Kriegshilfe. Der ersten Aufgabe entsprechend, ist das Programm sorgfältig gewählt. Geboten wird im ersten Teil ein instruktiver Lichtbildervortrag über Indien, das geheimnisvolle Land der goldenen Wunder und der Schönheit der Menschheit. Der zweite Teil bringt von einer Dame mit Klavierbegleitung vorgetragene Schöpfungen des Kunstgenusses, den Vortrag von Dichtungen, die der Zustimmung angepöht sind, sowie Reigen und Gesänge der Danziger Arbeiterjugend. Die Mitwirkung erst der künstlerisch geschulter Kreise ist gesichert.

Der Eintrittspreis ist auf 30 Pfennig, für Kinder die Hälfte, festgesetzt. Mit der Einrichtung einiger reservierter Plätze zu 1 Mark ist der Bildungsausschuß seinem Grundsatze des einheitlichen Preises nicht untreu geworden. Er hat damit nur die Möglichkeit schaffen wollen, dem guten Zweck, den Odrer Verhältnissen Rechnung tragend, finanziell besser zu nützen.

Besonders machen wir darauf aufmerksam, daß das Rauchen nicht zugelassen werden kann. Größte Ruhe und angelegte Aufmerksamkeit bei Durchführung des Programms hat die Arbeiterkassen in ähnlichen Fällen müßtergütig gezeigt. Wir brauchen deshalb darum nicht besonders ermahnen, sondern haben nur auf die Notwendigkeit hinzuweisen. Um 6 Uhr wird pünktlich begonnen.

Auch untern Danziger Freunden der Besuche vor dringend empfohlen werden. Der schöne geräumige Saal bietet viel Platz und voller Erfolg muß dem Abend beschieden sein.

Die Abschaffung der Brotkarten für Kinder unter einem Jahre und die Verringerung der wöchentlichen Brotmenge auf 1000 Gramm für Kinder von 1—3 Jahren beabsichtigt der Danziger Magistrat. Durch diese Maßnahmen soll die Möglichkeit geschaffen werden, das Mehl für 24 000 Zusatzbrotkarten zu ersparen. Unbegreiflicherweise hat die Preisprüfungsstelle die Gefahr nicht erkannt, die der Ernährung der Kinder bei Durchführung dieses Projekts droht, und ihre Zustimmung dazu gegeben. So konnten eben nur Mütter beschließen. Jede Mutter hätte den Herren sagen können, daß die Kinder vom sechsten Monat an einen Brei von Milch und Semmel erhalten, und daß auch Kinder vom 1.—3. Lebensjahre ihre Brotkarte ebenso gut verbrauchen wie Erwachsene, weil diese kleinen Dinger zum größten Teil auf Ernährung durch Semmel und Mus aus Weizenmehl angewiesen sind. Wovon sollen die Arbeiterkinder eigentlich leben? Der Weg, auf Kosten der Säuglinge die Zusatzbrotkarten zu erhalten, ist um so unverständlicher, weil nach erst einige Tage vorher die Regierung im Landtage erklärte, es sei nicht nur kein Getreidemanko, sondern noch ein Ueberfluß von 200 000 Tonnen vorhanden, die als Reserve in das nächste Erntejahr hinübergenommen werden würden. Wir kommen in der nächsten Nummer noch ausführlicher auf diesen Gegenstand zurück, bitten aber schon jetzt die Aufsichtsbehörde, einem so außerordentlich kurzlichigen Beschluß die Zustimmung zu verweigern.

Otto Kafemann †. Im Alter von 58 Jahren ist der Firmenträger und Besitzer der Danziger Zeitung gestorben. Bei Kriegsbeginn trat Kafemann als Hauptmann der Reserve in das Heer ein. Er führte eine Batterie und wurde im Verlaufe des Feldzuges zum Major befördert. Krankheit zwang ihn nach etwa einem Jahre, um Urlaub nachzugehen. In Wiesbaden ist er gestorben. Als Politiker ist Kafemann nicht besonders hervorgetreten, wenn er auch Mitglied zahlreicher Vereine war. Sein Verlust trifft die Sache des Danziger Freisinnigen daher auch nicht entfernt so stark, als dies durch den vor einigen Monaten erfolgten Tod Münsterbergs der Fall war.

Der Frau unseres Genossen Jochen hatte der Magistrat im Dezember v. Js., wie sich die Leser erinnern werden, die staatliche Kriegsunterstützung entzogen. Der Fall ist jetzt zugunsten der Frau Jochen erledigt; sie erhält ihre Unterstützung

Blutwurst (wo örtlich eventuell noch billigere Sorten mit vegetabilischen Zusätzen), drei Sorten Rohwurst (Schnittwurst, feine Wurst, weiche schmierfähige Wurst und grobe Wurst, was heißt polnische, Bock-, rheinische, weißfäulige Kochwurst). Für diese Wurstsorten soll die Landesregierung Normalspreise als Richtschnur für die Gemeinden festsetzen. Außerdem sollen für gefalzene oder geräucherte Rücken- und Bauchspeck sowie für Sülze Ortshöchstpreise bestimmt werden. Dagegen nicht für Schinken aus den vier Keulen, eventuell ein Richtpreis, der durchschnittlich eingehalten werden müßte. Bei diesen Bestimmungen glaubt der Kriegsausschuß die erforderliche Rücksicht auf die billigen Wünsche des Handels und des Fleischergewerbes genommen zu haben. Schließlich beantragt er noch, daß den Verbrauchern eine angemessene Verteilung in dem neuen Gesamtviehhandelsverbande und außerdem drei Delegierte in jedem Provinzialverbande zugebilligt werden.

Der Nachprüfung wert

In der Frankfurter Zeitung erscheinen täglich eine Unmenge kleiner Annoncen, in denen Waren der verschiedensten Art von Leuten, die Geld verdienen wollen, angeboten werden. Der eine bietet Marmelade, Schuhschmiere und Schmierseife, der andere Fett, Fleisch und Getreide an. Einer dieser Allerweltshändler bietet folgende Mengen von Lebensmitteln an:

2 Waggon dänisches Schmalz, Zentner 310 Mark;
10 bis 20 Waggon Schmalz, Zentner 318 Mark;
10 Waggon Schmalz, Zentner 298 Mark; 5 Waggon
Kunstspeisefett, Zentner 256 Mark; 10 Waggon halbe
Schweine (geräuchert), Zentner 195 Mark; 100 Waggon
Weizenmehl, ab Orfowa, 100 Kilo 73 Mark.

Joseph Knaup, Erkenschwid bei
Reddinghausen.

Wer dieser Joseph Knaup ist, weiß niemand. Es ist auch gleich, wer er ist, ob der Name eine alte Firma oder eine der zahllosen im Kriege aus der Erde geschossenen, oder nur eine Dekadence, ein Strohmännchen ist. Uns interessiert, was dieser Joseph Knaup anbieten kann, und das ist nicht wenig. Rechnet man pro Waggon 200 Zentner, dann ergibt sich folgendes Beispiel: 2 Waggon dänisches Schmalz, pro Zentner 310 Mark = 620 000 Mark; 10 Waggon Schmalz, pro Zentner 318 Mark = 318 000 Mark; 10 Waggon Schmalz, pro Zentner 298 Mark = 298 000 Mark; 5 Waggon Kunstspeisefett, pro Zentner 256 Mark = 128 000 Mark; 10 Waggon geräucherte halbe Schweine, pro Zentner 195 Mark = 390 000 Mark und 100 Waggon Weizenmehl, pro Doppelzentner 73 Mark gleich 730 000 Mark; zusammen 2 663 000 Mark.

Also für zwei Millionen - sechshundertdreißigtausend Mark Waren, um die das deutsche Volk geht, hat dieser Herr Joseph Knaup in seinen Händen! Und wenn er nur 1 Prozent verdient, hat er einen „Gewinn“ von 26 630 Mark, wenn er alles losgeschlagen hat, und das dürfte jetzt nicht schwer fallen. Er kann aber ebenjotig 5 oder mehr Prozent für sein patriotisches Geschäftchen bekommen, was gleichbedeutend wäre mit 133 000 Mark und darüber.

Ein „Wohltäter“ des Volkes

In Dortmund, wo auch wie überall die Fleisch- und Futtermittelverhältnisse überaus knapp sind, wurde die Bevölkerung dieser Lage überrascht durch folgendes Inserat im dortigen „Generalanzeiger“:

„Zum Wohle des Volkes.“

Durch große Abschlässe verkaufe ich von Montag ab Münsterstraße 38 sowie Mittwoch und Samstag auf dem Hauptfleischmarkt ca. 12 000 Pfund prima geräucherter Schinken zu 195 Mark das Pfund im ganzen.
Robert Schotten.

Das ganze Ladenlokal und das Schaufenster des Lokals waren gefüllt mit Schinken. Woher kommen sie nur? Da wurde erzählt von der Sturmflut in Holland und daß die Bauernhöfe hätten schnell geräumt werden müssen. Der Zulauf war riesig, das Publikum drängte sich auf der Straße. Die Schinken wurden im Ganzen verkauft. Die Ware schien äußerlich tadellos; auch die Kostprobe fiel günstig aus. So schwand der Vorrat im Nu. Aber dann ging der Standaal los. Beim Anschneiden der Schinken zu Hause ergab sich, daß sie alle mehr oder minder verdorben waren und Fäulnisherde enthielten. Die Polizei wurde benachrichtigt, der Laden geschlossen und die noch vorhandenen geringen Vorräte beschlagnahmt. Der um das „Wohl des Volkes“ besorgte Verkäufer ist weder Metzger noch Fleischwarenhändler; er tauchte plötzlich auf, wie so manche andere fragwürdige Existenz in der heutigen Zeit. — Schlimm ist's wie damit das Volk beschwindelt wird, noch schlimmer ist's aber, daß so große Vorräte vorhanden konnten, wo das Volk sich in der größten Not befindet!

Verdorbene Nahrungsmittel

Seit einigen Tagen zirkulierte in der Barmer Einwohnererschaft ein Gerücht, wonach auf dem städtischen Schlachthof und Viehhof für etwa 40 000 Mark Fleischkonserve verbrannt worden seien. Nach einer unserem Oberleitender Parteiblatt zugegangenen Mitteilung ist das Gerücht begründet. Es handelt sich um Ware eines Kölner Engros-Händlers, die der Spekulant nach Barmen zum Verkauf gelandt hatte und die, weil sie verdorben war, von der Polizei beschlagnahmt worden ist. Unwillkürlich drängt sich einem die Frage auf, wie es nur möglich sein konnte, daß in einer Zeit, in der Tausende von Familien nicht wissen, auch nur das Allernotwendigste zur menschlichen Ernährung zu erhalten, derartig große Quantitäten wichtiger Lebensmittel dem Verderben preisgegeben wurden? Die Wahrscheinlichkeit liegt leider sehr nahe, daß diese Fleischkonserven wucherischen Bestrebungen dienen sollten und dadurch, weil sie dem Verkauf zu lange entzogen waren, dem Verkauf anheimgefallen sind. Sollte sich diese Annahme bestätigen, dann ist es Pflicht der Behörde, mit aller Strenge gegen die schuldigen Personen vorzugehen.

Brotgetreide für die Spiritusbrennerei

Die Reichsgetreidekasse hat sich entschlossen, den Kornbrennereien 45 000 Tonnen Getreide zuzuwenden. Dies wird amtlich damit begründet, daß die Kornbrennereien nicht nur den für Leucht- und gewerbliche Zwecke wichtigen Kornspiritus herstellen, sondern daß sie als Abfallprodukt die Schlempe liefern. Diese sei ein Kraft- und Mast- und Mischfutter, welches die Landwirtschaft gerade in heutiger Zeit besonders dringend benötigt.

Danziger Nachrichten

Der Magistrat erhöht die Kartoffelpreise!

Ganz unerwartet hat der Magistrat am 22. Februar eine Erhöhung der Kartoffelpreise vorgenommen. Kartoffeln dürfen demnach kosten: 1 Zentner 4,05 Mark, 10 Pfund 45 Pfennige, 1 Pfund 5 Pfennige und ein Scheffel 3,24 Mark. Die Bekanntmachung des Magistrats stützt sich auf die Reichsgeetze vom 4. August und vom 17. Dezember 1914. Wie wir von einer staatlichen Behörde erfahren, soll nach der Bundesratsverordnung, die Ende des Jahres 1915 erlassen ist, zur rechtlichen Begründung der Maßnahme herangezogen sein. Augenblicklich vermögen wir nicht nachzuprüfen, wie weit die letztere Verfügung das magistratliche Vorgehen rechtfertigen kann. Die in der Bekanntmachung angezogenen Gesetze von 1914 deuten die magistratliche Maßnahme nicht. Denn weit später erfolgte die Bundesratsverordnung, die das Reich in bestimmte Bezirke zerlegte und für jeden einzelnen Bezirk die Höchstpreise festsetzte. Damit hatten für das Gebiet der Kartoffelversorgung jene vom Magistrat angezogenen Gesetze ihre Kraft verloren, denn Reichsgewalt geht vor Magistratsrecht. Aber auch wenn der Magistrat wirklich eine Verordnung ausfindig macht, mit der er seine Verfügung juristisch stützen kann, so wird er nie die Tatsache aus der Welt schaffen können, daß die von ihm vorgenommene Verteuerung des wichtigsten und fast ausschließlichen Nahrungsmittels der Armen den von der Regierung gemachten Versprechungen direkt ins Gesicht schlägt. Selbst als die Heraushebung der Kartoffelpreise für den Großhandel beschlossene Sache war, hat die Regierung zu wiederholten Malen durch den Mund ihrer Vertreter erklären lassen, es sei durchaus noch unsicher, ob und wann eine Erhöhung der Aneinanderpreise eintreife. Sollte eine solche erfolgen, so würde das keineswegs vor dem 15. März der Fall sein. Die Differenz zwischen dem erhöhten Einkaufs- und dem alten Verkaufspreis würde zum Teil auf die Schultern der Gemeinden gelegt werden, zum Teil würde sie der Staat tragen. Wie angesichts so bestimmter Zusicherungen der Danziger Magistrat zu seiner Verfügung kommen konnte, darüber Auskunft zu geben, ist seine Sache. Daß außer Danzig ein solches Verfahren bereits anderswo geübt worden ist, ist bisher nicht bekannt geworden. Danzig gebührt anscheinend die Priorität. Festgestellt werden muß noch, daß weder die Preisprüfungsstelle noch ihr engerer Ausschuß bei der Preiserhöhung um Rat gefragt ist. Ob das zulässig ist und ob die Preisprüfungsstelle sich damit einverstanden finden wird, das zu beurteilen, überlassen wir berufeneren Stellen.

Die Begründung des Magistrats sagt, die Erhöhung der Preise sei notwendig gewesen, um die Landwirte zu veranlassen, Kartoffeln nach der Stadt zu bringen. Wie falsch diese Annahme ist, geht aus der weiter unten wiedergegebenen Zuschrift der Kartoffel-Großhandelsfirma hervor. Trotz der höheren Preise wird der Kartoffelmarkt in Erwartung neuer Preiserhöhungen weiter leer bleiben. Will man diesen Dingen wirksam entgegenzutreten, dann muß man das Beispiel des Landrates von Liegnitz nachahmen, der auf die Zuruanhaltung der Kartoffeln mit ihrer Beschlagnahme antwortete, wobei dann die Produzenten nicht 4 Mark, sondern 2,75 Mark pro Zentner erhielten.

Noch einige Worte über Einzelheiten der magistratlichen Verfügung. Der Magistrat setzt den Preis für einen Zentner Kartoffeln auf 4,05 Mark heraus. Kein Händler wird einen Zentner Kartoffeln verkaufen, wenn er beim Auswiegen in 10 Pfunden 45 Pfennige mehr erhält. Ja, es ist anzunehmen, daß die Käufer künftig sogar Schwierigkeiten haben werden, auch nur 10 Pfund zu erhalten. Ein einzelnes Pfund kostet 5 Pfennige, ein Zentner in Pfunden also 5 Mark. Damit ist für die Händler abermals ein Anreiz zur Kartoffelverteuerung geschaffen. Die Preiserhöhung bringt unbedingt eine Verteuerung der Kartoffeln auf 4,50 Mark mindestens, wahrscheinlich jedoch auf 5 Mark mit sich.

Daß der Magistrat bei seinen Maßnahmen das Wohl der Käufer an letzte Stelle stellt, geht noch aus einem anderen hervor: Händler, die häßliche Kartoffeln vertreiben, müssen sich verpflichten, dem einzelnen Käufer nicht mehr als 10 Pfund auf einmal abzugeben. Kommt es zur Kenntnis des Magistrats, daß sie gegen diese „Intentionen“ handeln, dann überläßt ihnen der Magistrat keine Kartoffeln mehr. Die Wirkung kommt auf eine Erschwerung und Verteuerung des Arbeiterhaushalts hinaus. Eine Arbeiterfamilie mit drei bis vier Kindern braucht im Monat einen Zentner Kartoffeln. Versucht sie einen Zentner Kartoffeln zu kaufen, so kann von einer „Hamsterei“ keine Rede sein. Wollte der Magistrat dieser entgegenzutreten, so wäre die Kartoffelkarte notwendig. Die magistratliche Anordnung ist dazu nicht imstande und schmeckt wie alles in Danzig außerordentlich stark nach dem grünen Tisch.

Eine Großhandelsfirma für Kartoffeln schreibt:

Die Gestaltung des Speisekartoffelmarktes steht unter der Einwirkung der Preisgestaltung für Saatkartoffeln. Für Saatkartoffeln bestehen keine Höchstpreise und der Markt zeigt bereits eine ähnliche Entwicklung wie im vorigen Jahre, insofern, als alle verfügbaren Kartoffeln nunmehr nur noch als Saatkartoffeln zum Angebot gelangen.

Da mit der baldigen Einführung von Großhandelshöchstpreisen in Saatkartoffeln gerechnet wird, besteht die Neigung, möglichst umfangreiche Mengen Kartoffeln durch Einkäufe zu hohen Preisen als Saatkartoffeln sicherzustellen. Dieser Umstand muß natürlich zu einer Stockung des Angebots im Speisekartoffelmarkt führen, zumal für Saatkartoffeln nach wie vor phantastische Preise gefordert und bewilligt wer-

den. Gewöhnliche Sorten, wie Wohlmann und Silafia, die sonst zum gesetzlichen Höchstpreis als Speisekartoffeln an den Markt gelangen, werden bereits im Handelsverkehr mit 6 bis 7 Mark für den Zentner gehandelt, und Frühkartoffeln haben Preise von 10 Mark pro Zentner erreicht, d. h. Preise, wie sie im vergangenen Jahre kaum zur Zeit des dringendsten Bedarfs in Saatkartoffeln bezahlt wurden. Es bleibt abzuwarten, wie unter diesen Umständen sich die Weiterentwicklung des Angebots von Speisekartoffeln gestalten wird. Die Nachfrage in Speisekartoffeln ist unverändert dringend, ebenso werden Fabrikkartoffeln zur Flottenfabrikation stark gefragt.

Die Vorgeschichte des Danziger Aufstands von 1525.

So bezeichnete Professor Dr. Simson den Gegenstand des Vortrages, in dem er am 19. Februar im Westpreussischen Geschichtsverein über die Danziger Reformation in wissenschaftlicher Betrachtung sprach. Der Redner hat eine umfangreiche Geschichte Danzigs geschrieben, die leider den großen Fehler besitzt, die entscheidenden wirtschaftlichen Momente zu übersehen und sich auf die nur historische Schilderung zu beschränken. Diese Auffassung führt meist zu einer moralisierenden Beurteilung, die denen, die der neuen Zeit den Weg bereiten, nicht gerecht wird. Diese Schwäche der Simson'schen Geschichtsschreibung zeigt auch die Wahl seines Themas. Es ist schwer zu verstehen, wie man die sozial und politisch notwendige Umwälzung, die sich, den Zeitverhältnissen entsprechend, als kirchliche Reformation vollzog, lediglich nach äußeren Merkmalen als Aufbruch bezeichnen kann. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Deshalb darf der Geschichtsschreiber sein Richteramt nur nach den höchsten Gesichtspunkten ausüben, wenn er über das strebende Ringen derer berichtet, die unserer Zeit als Bahnbrecher dienen. Es ist eines der glorreichsten Ereignisse der Geschichte Danzigs, als z. B. das dankbare Volk seinen Führer Pankratius Klemme auf dem Langenmarkt aus der bischöflichen Gefangenschaft befreite. Das bekannte Gemälde im Stadtmuseum zeigt uns jene Szene in prachtvoll großzügiger Darstellung. Wie der Redner gerade aus diesem Anlaß von Aufbruch — einem mehr politisch-technischen Ausdruck — sprechen konnte, ist nicht begreiflich. So durften allenfalls jene Machthaber des Mittelalters reden, die sich der Kraft des Danziger Volkes beugen mußten. Im übrigen lieferte Simson selber der Beweis, daß die historische Gerechtigkeit eine höhere Beurteilung fordert. Er schilderte den Kampf der Danziger Demokratie gegen das die Stadt eisen beherrschende Patriziat, der sich von 1517 entwickelte. Gegen die als Tyrannie empfundene Herrschaft der Geschlechter und ihrer harten Bürgermeister Eberhard Terber, der den Fortschritt mit Gewalt niederhalten zu können glaubte, richtete sich die Unzufriedenheit der unterdrückten Schichten, denen der geistliche Führer mutig voran schritt. Schließlich wurde die Unterwerfung des Rates erzwungen und ein neuer aus den führenden Männern der Volksbewegung eingeseht. Eine mehr demokratische Verfassung, die Einsetzung der 40, dann 48 „guten Männer“, beseitigte die plutokratische Klassenherrschaft der reichsten Oberschicht und setzte an ihre Stelle die der Junkteute. Die Freiheit, die das Danziger Volk in seiner Zunft ersehnt hatte, erhielt es nicht. Dafür hatte er der kirchlichen Umwälzung den Sieg verschafft; die Macht der katholischen Kirche war gebrochen. Daran änderte auch nicht das blutige Strafgericht, das der polnische König Sigismund I. über die siegreiche Volksbewegung hielt und viele der Führer auf dem Schafott oder in der Verbannung enden ließ. Simson wendete sich gegen die Geschichtsschreiber, vor allem Hirsch, die jene Ereignisse im Sinne der kirchlichen Interessen als Revolle der Unbotmäßigkeit erscheinen ließen. Er betonte, daß der tiefere Einblick in das Quellenmaterial zu einer großzügigeren Betrachtung verpflichteten. Wirtlich und politische Gründe seien die entscheidende Triebfeder dieses städtischen Klassenkampfes gewesen. In der Sammlung des Materials hatte der Vortragende gründliche Arbeit geleistet. Und so wurde sein Vortrag schließlich doch eine Ehrenrettung der tapferen mittelalterlichen Kämpfer gegen ein volkstümliches städtisches Junkertum und engherzige Kirchenmacht.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Danzig
Verlag Volkswacht J. Behl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.



Georg A. Hasmatzi Aktiengesellschaft
Dresden

Unterhaltungs-Abend

des Danziger Arbeiter-Bildungsausschusses
zu Gunsten der Kriegshilfe in Odra

Sonntag, den 27. Februar 1916, im Etablissement
zur Odeon des Herrn Rathesius in Odra.
Kaffeeöffnung 5 Uhr. Beginn 6 Uhr.

I. Teil.

Lichtbilder-Vortrag:
Indien, ein Stützpunkt der englischen Weisheit
Vortragender: Julius Gehl.

Gezeigt werden 50 künstlerische Aufnahmen interessanter Vorbilder.

Das geheimnisvolle Wunderland Indien ist zurzeit nur
indirekt am Weltkriege beteiligt. Die englische Politik in
Indien und am Suezkanal, in Arabien und Persien will
Indien nach seiner mit dem beherrschenden Lande verbinden.
Sich über Kultur und Geschichte Indiens unterrichten, vertieft
das Verständnis über die Probleme der Gegenwart und gewährt
Einblick in Werden und Vergehen einer reichen und
in vielen Dingen fremdartigen Volkentwicklung.

II. Teil.

Gefangs-Vorträge mit Klavierbegleitung
Gesprochene Dichtungen

Vorführung von Reigen und Gefängen der Danziger Arbeiter-
jugend.

Der Abend ist von uns im Einvernehmen mit der Odraer
Kriegshilfe zu deren Gunsten veranstaltet. Der gesamte Reinertrag
wird dieser zugeführt. Der gemeinnützige Zweck der
Veranstaltung, die Dankbarkeit gegen unsere heldenmütigen
Krieger und ihre Angehörigen, macht es jedem Odraer Ein-
wohner zur Pflicht, sie durch seine Teilnahme zu unterstützen.

Eintrittspreise: 30 Pfennig, reservierter Platz
1,00 Mark, Kinder die Hälfte.

Eintrittskarten im Vorverkauf an den bekannten Stellen und
an der Kasse erhältlich. Rauchen verboten.

Der Arbeiter-Bildungsausschuss.

Betten

Bettfedern, Dauen, Ein-
schüttungen, eis. Bettgestelle.
Große Auswahl, billige Preise.

**Bettfeder-
Reinigungs-Anstalt**

Häzergasse 63, a. d. Markthalle
Telephon 2788. 154

gebrauchte **Fahrräder**
sämtl. Ersatzteile, Dedern, Schläuche.

Nähmaschinen
in feinsten Ausführung. 153
Karbidlampen, Taschenlampen,
Gas- und Spiritusstrümpfe.

A. Hein, Breitgasse 113.



**Gute Volks-
und Jugendbücher**

zum Preise von 10—50 Pfennigen
empfiehlt in reicher Auswahl

Buchhandlung Volkswacht,
Danzig, Paradiesgasse 32



Die Einsegnung naht heran

daher sollte man jetzt schon seine Einkäufe machen.
Je früher Sie kaufen, je besser kann ich alle Wünsche
berücksichtigen. Die Auswahl in allen Qualitäten und
Preislagen, Schnittformen und Stoffarten ist so gross, dass
jeder Kunde nach seinem Geschmack und Verhältnissen
das Entsprechende vorfindet.

Einsegnungs-Anzüge

in blau und schwarz, I- und II-reihig, in Cheviot,
Melton-, Drapè-, Kammgarn- und Twill-Stoffen

15⁵⁰ 17⁵⁰ 19⁵⁰ 22.- 24.- 27 bis 42 Mark

Tadelloser Sitz Größte Auswahl Gute Verarbeitung

J. Rosenbaum

Breitgasse 128/9

Alleiniger Lieferant des Konsum-Vereins.

Bitte um Beachtung meiner Schaufenster.



No 18

J. Borg

das geschützte
mit Mundstück und Goldmundstück
ist und bleibt die
beste 2 Pfg.-Zigarette.

die
wilkommenste Liebesgabe
für unsere Krieger
im Felde.

Überall erhältlich.

Zigarettenfabrik Stambul
J. Borg G. m. b. H. Danzig.

Zentral- Bibliothek

Danzig

4. Damm 7, II (Eing. Häzerg.)
ca. 2000 Bände

Geöffnet Mittwoch 7—8 Uhr
Sonnabend von 6—8 Uhr

Allen Gewerkschafts-
und Parteigenossen
zur unentgeltlichen
Benutzung auf das
wärmste empfohlen

Die Bibliotheksverwaltung

Bilanz für 1914/15

Aktiva. des Konsumvereins für Graudenz u. Umgegend, e. G. m. b. H. Passiva.

Betriebsbestände:		Eigene Betriebsmittel:	
In Warenbestand . . .	6 145,68 M.	Per Mittelliedergul- haben	6 437,50 M.
• Inventarkonto . . .	2 842,—	• Reservefonds- Konto	317,35
• Düten und Papier . .	225,—		6 752,85 M.
• Einrichtungskonto . .	166,—		
	9 378,68 M.	Verbindlichkeiten:	
Angelegte Werte:		Per Kautionshinter- legungskonto . . .	500,— M.
In Kautionshinter- legungskonto	500,— M.	• Warenschulden . . .	2 154,63
• Rückkautionskonto . .	60,—	• Noch zu zahlende Inkosten	47,45
	560,— M.	• Nicht erhobene Rückvergütung . . .	61,60
Verfügbare Werte:		Per Erübrigung	768,14 M.
In Kassenbestand . . .	307,50 M.		10 285,67 M.
• Pariquitthalen	19,40		
• Wechselkonten	20,—		
	346,90 M.		
	10 285,67 M.		

Debet.		Kredit.	
Einrichtungskonto	56,15 M.	Leerguthkonto	227,25 M.
Inventarkonto	316,—	Warenbruttogewinn	5 791,—
Frachtkonto	655,70		
Inkostenkonto	4 222,26		
Erübrigung	768,14		
	6 018,25 M.		6 018,25 M.

Graudenz, den 30. September 1915.

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.

Ed. Liebke. H. Püllwitt. J. Polunowski. J. H. W. Haaf.

Echt garantiert reingekachelten

Schnupftabak

Nur Kachelbetrieb!

aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkachalei

Julius Gosda, Danzig
Rohtabakhandlung,
Häkergasse 5, II. Priestergasse Nähe der Markthalle.



Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie

Silberne Herrenuhren von M. 7,50
Silberne Damenuhren 7,50
Goldene Damenuhren 14,50
Wecker 2,00

S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Preiswerte

Wäsche-Stickereien

mit kleinen Schönheits- und Webfehlern.

Reste und Abschnitte
nur prima Ausführung, Madapolam
mit Glanzgarn, gestickt, bis zirka
20 cm breit, in Längen von
1 1/2 bis 4 1/2 Meter

1.65
1.45 1.10
75 und **40**

Schwarze Tüllstoffe für Blusen

mit Kunstseide gestickt

1.45 1.10 **75**

Weißer Kleidervolants

reich be-
stückt auf
Voile und
Batist

ganz
besonders
vorteilhaft

Meter 2.90 2.45 **190**

Verkauf dieser Artikel
im Lichthof

G. m. b. H. FREYMANN

**Modernes
Kaufhaus**